

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach
Herausgeber: Max Baumbach
Redaktion: Max Baumbach

Druck: Max Baumbach
Verlag: Max Baumbach
Hauptstadt: Dresden

Verlag: Max Baumbach
Hauptstadt: Dresden

Die Abwicklung der Russengeschäfte

Neue Schwierigkeiten und ihre Ueberbrückung

Gleiches Maß für alle!

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 8. März. Ueber die Verhältnisse im deutsch-russischen Wirtschaftsverkehr sind zur Zeit zahlreiche Gerüchte im Umlauf, die jetzt eine authentische Interpretation finden. Es wird als zutreffend bezeichnet, daß seitens der Sowjetunion zur Zeit

Export eigener Produkte sich in den Besitz der notwendigen Einfuhrdevisen zu setzen. Im letzten Jahre ist der Rußlandhandelsverkehr Deutschland gegenüber stark passiv gewesen, so daß die Sowjetunion für 200 Millionen Mark bares Gold nach Deutschland transferieren mußte. Durch die folgende Unfähigkeit des deutschen Marktes, Waren auszunehmen, leidet auch der russische Export in diesem Jahre noch mehr. Die deutsche Wirtshaft wehrt sich zudem mit Recht gegen das russische Gold-Dumping, ebenso wie die Landwirtschaft sein Dumping mit russischen Futtermitteln wünscht. Auch die

Der Präsidentschaftswahlkampf ist eingeleitet worden durch das beiderseitige Versprechen der Mitterlichkeit. Dazu gehört nicht nur, daß man sich gegenseitig persönliche Angriffe enthält, sondern auch die Austragung des Kampfes mit gleichen Waffen. Aber wie die Oppositionsparteien nicht jede Entgleisung eines einzelnen Redners verhindern können, der für ihre Sache wirbt, so ist auch der Reichspräsident nicht imstande, alles zu kontrollieren, was in seinem Namen gesagt und getan wird. Das ist Aufgabe der zuständigen Behörden. Und hier, besonders beim Reichs- und beim preussischen Innenministerium, leidet es offenbar am richtigen Augenmaß in der Anwendung eines gleichen Maßstabes. Der Reichsinnenminister hat zwar versprochen, daß er jede gewaltsame Beeinflussung und jeden Zwang im Wahlkampf unterbinden werde. Aber das genügt nicht. Es gibt auch noch feinere und wirksamere Mittel, als die des brutalen Zwanges, insbesondere in einer Zeit, in der die wirtschaftliche Freiheit der weißen Wähler nur noch dem Namen nach besteht und nicht nur die Beamten, sondern auch die Pensionäre und Rentempfänger, die Arbeiter und Angehörigen in öffentlichen Betrieben und auch die von öffentlichen Aufträgen irgendwie abhängigen Geschäftsleute vom herrschenden System schikaniert werden können, wenn sie oppositioneller Regungen verdächtig sind. Besonders in Preußen weiß man ein Lied davon zu singen. Um so mehr sollte man von den Reichsbehörden ausgleichende Gerechtigkeit erwarten. Aber auch hier wird die Einseitigkeit jeden Tag stärker betont. Wenn die amtlichen Stellen wollen, daß ihre Wahlarbeit als überparteilich und ritterlich anerkannt wird, dann müssen sie für den Rest des Wahlkampfes dafür sorgen, daß die Ungerechtigkeiten, von denen im folgenden die Rede sein soll, ausgleichend werden. Es liegt ja schon in der Natur der Dinge, daß der von der Regierung befürwortete Kandidat einen Vorteil vor seinen Mitbewerbern hat. Wenn er dazu noch allein die Unterstützung der öffentlichen Macht- und Propagandamittel genießt, dann kommt ein Ergebnis zustande, das innerlich nicht anerkannt wird und nur dazu beiträgt, die feindselige Spannung im Volk zu verschärfen. Ueberdies ist solche Parteilichkeit ein schlechter Dienst an Hindenburg. Die für ihn werbenden Propagandaleiter der Linken sollten doch das Gefühl haben, daß für ihn die übliche Schablone nicht paßt. Hier wirkt nur die Persönlichkeit, keine noch so geschäftstüchtige Raffine.

wieder größere Bestellungenangebote an die deutsche Industrie

gemacht worden sind. Die Industrie selbst ist in dieser Angelegenheit bei der Reichsregierung vorstellig geworden. Es handelt sich dabei um zwei Teile. In den Händen einer Anzahl deutscher Firmen, die für Rußland liefern, befinden sich noch nicht diskontierte Wechsel in Höhe von etwa 120 Millionen Mark. Es handelt sich dabei um Reste aus der nicht völlig gesicherten Finanzierung schon fertigjähriger Aufträge. Die Verhandlungen mit der Reichsbank haben nun dazu geführt,

Diskontierung auf 6%

Berlin, 8. März. Die Reichsbank hat mit Wirkung ab Mittwoch, den 9. März, den Diskontsatz von 7% auf 6% und den Lombardsatz von 8% auf 7% herabgesetzt. (Näheres im Handelsteil)

daß sich die Reichsbank unter besonderen Umständen zur Rediskontierung dieses Wechselbetrages bereit erklärt,

so daß eine Anzahl von Firmen, die dadurch in den Besitz baren Geldes gekommen sind, in der Lage sein dürften, nun auf eigenes Risiko Aufträge von Rußland hereinzunehmen. Abzulehnen hat es allerdings die Reichsregierung, irgendwie die Garantie summe für das Rußlandgeschäft, die unverändert eine Höchstgrenze von einer Milliarde Mark hat, zu erhöhen.

Delinquenten wollen durch das russische Kaputt nicht ganz vom Markt verdrängt werden.

Widerstandsgeist man in Industriezweigen auf dem Standpunkt, daß ganze Industriezweige zum Erliegen kommen müßten, wenn das Russengeschäft weiter abflaut.

Im Laufe des Jahres wird es aber wohl möglich sein, neue Mittel für die Finanzierung des Rußlandgeschäftes flüssig zu machen, und zwar aus drei Quellen, die durch Rückzahlungen seitens der Russen frei werden. Man rechnet damit, daß im Jahre 1932 etwa 400 Millionen Mark der festgelegten Garantiesumme frei werden, und zwar sind im ersten Quartal 120 Millionen, im zweiten 78 Millionen, im dritten 82 Millionen und im vierten Quartal 105 Millionen Mark rückzahlbar, so daß eventuell in gleicher Höhe wieder Rußlandaufträge herangezogen werden könnten. Andererseits muß allerdings darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Rußlandgeschäft nur solange in Gang gehalten werden kann, als es der Sowjetunion gelingt, durch

Die Lage ist für die deutsche Wirtschaft um so schwieriger, als sich die Engländer unter dem Druck ihrer Arbeitslosigkeit dazu bereitgefunden haben, ihre staatliche Garantiesumme für das englische Russengeschäft um nicht weniger als 5 Millionen Pfund zu erhöhen. Zur Zeit hat Rußland in England Warenschulden in Höhe von 10 Millionen Pfund. Allerdings gewährt die Engländer den Russen keine so lange Wechselkurszeit wie die deutsche Wirtschaft. Zwölf Monate gilt in England als die äußerste Frist.

Sardien sucht Verständigung mit Italien

Bedeutende Kammerausprache

Paris, 8. März. Die Kammer begann heute vormittag die Beratung des Budgets für auswärtige Angelegenheiten mit einem warmen Nachruf des Vertriebsleiters auf Aristide Briand. In der Aussprache über das Budget wurde von den Kgl. Palcos und Barnegary das Problem der französisch-italienischen Beziehungen angeschnitten. Beide Redner forderten eine französisch-italienische Aussprache zur Beilegung der zwischen beiden Völkern vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Frankreich bestehen: Adriatische Frage, Eubische Kreuze, Flottenparität, Status der Italiener in Tunis, Mandatsfrage und namentlich italienische Expansion. Er vertritt die Ansicht, daß alle diese Fragen, sobald man sie einmal in Angriff nehme, auch eine Lösung erhalten könnten. Wenn das Deutschland Stiers oder Hindenburgs bedrohlich werden sollte, meinte der Redner, würde Italien zweifellos wieder an Frankreichs Seite stehen. Zwölf Jahre lang habe Frankreich eine Veröhnungspolitik mit Deutschland betrieben. Wenn man nur einen geringen Teil der Deutschland bewilligten Opfer Italien gebracht hätte, würde man heute anders dastehen. Italien müsse erklären, daß Frankreich die Freundschaftsbände zu Italien wieder herzustellen suche.

45 Kilometer von Shanghai, gefordert wird. Sollten die Chinesen diesem Verlangen nicht nachkommen, so würden die japanischen Truppen von neuem die Feindsellaktionen eröffnen. Wie verlautet, fürchten die Japaner, daß die neuen chinesischen Verhaftungen, die etwa 60 000 Mann betragen sollen, die 20-Kilometer-Zone durchbrechen könnten.

Die Chinesen haben die Eisenbahnlinie von Shanghai nach Hangchow aufgerissen und das Eisenbahngelände geräumt. Shanghai ist jetzt im Norden wie im Süden von der Umwelt auf dem Landwege abgeschnitten.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet aus Shanghai, daß Marschall Tschingaischeli zum Vorsitzenden des Obersten Kriegs- und Verteidigungsrats und gleichzeitig zum Chef sämtlicher chinesischen Armee-, Marine- und Luftstreitkräfte ernannt worden ist.

Ministerpräsident Sardien

ergreift hierauf das Wort zu einer Erklärung, in der er sagte: Ich schließe mich den Rednern, die von unseren Beziehungen zu Italien gesprochen haben, an, um zu erklären, daß nichts wichtiger wäre, als über die Vergangenheit diskutieren zu wollen. Ich bin mit der gesamten Kammer der Ansicht, daß ein allgemeines internationales Abkommen zwischen Frankreich und Italien möglich ist. Seit acht Tagen werden nicht nur zwischen Frankreich und Italien, sondern auch mit anderen Mächten Verhandlungen über die Wirtschaftslage Mittel-Europas geführt. Die Verstärkung des Gleichgewichts der Dinge und der Welt in Mitteleuropa ist wichtig genug, damit ein jeder Opfer seiner persönlichen Wünsche bringe. Das zu erreichende Ziel ist hoch genug, damit alle Welt seine Zustimmung gibt. — Das Budget des Ministeriums des Auswärtigen wurde hierauf verabschiedet.

Beforgnisse in Washington

Washington, 8. März. In amtlichen Kreisen gewinnt die Ansicht Boden, daß Japan veruchen will, die Säuberungsaktion rund um Shanghai unbestimmt um die anderen Mächte und den Völkerbund durchzuführen. Die japanische Entscheidung, daß die in Shanghai eingetroffenen Verstärkungen während der Waffenstillstandsverhandlungen bereits unterwegs waren und deshalb nicht mehr aufgehoben werden konnten, wird als unglaublich wärdig bezeichnet, weil die Reisedauer drei Tage beträgt und die Truppen durch Sprünge zurückgerufen werden könnten. Man vermutet, daß Japan durch die Verstärkung seiner Front einen neuen Vorstoß am Jangtse vorbereiten will, um möglicherweise weitere Häfen zu besetzen.

Neues japanisches Ultimatum

London, 8. März. Der japanische Oberbefehlshaber hat die Abfertigung eines neuen Ultimatum an die chinesischen Behörden angeordnet, in dem die sofortige Zurückziehung der chinesischen Truppen um weitere 10 Kilometer, also auf eine Entfernungs von insgesamt

Der Völkerbund arbeitet an einer Entschlieung

Genf, 8. März. Der Hauptausschuss beendete heute abend die Aussprache über den chinesisch-japanischen Konflikt und beschloß die Einsetzung eines Redaktionskomitees, das morgen zusammentreten und eine Entschlieung zum Fernostkonflikt auszuarbeiten soll. Paul Boncour gab bekannt, daß die Mächte ein gemeinsames Schreiben an ihn gerichtet haben, in dem sie ihn ersuchen, den Völkerbund selbst bei den Pariser Beilegungsversuchen für Briand am Sonnabend zu vertreten. Ferner werden der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der stellvertretende Generalsekretär, Avenol, und der Präsident der Völkerbundsversammlung, Dumand, an den Pariser Beilegungsversuchen teilnehmen.

Im schroffen Gegensatz zu der angeforderten Neutralität des behördlichen Apparates steht vor allem die Handhabung des Rundfunks. In ihm hat das Reich ein monopolisiertes Propagandamittel, das ein Millionenpublikum ohne Möglichkeit der Gegenwehr und der Diskussion erreicht. Der anfänglich betonte Grundgedanke der Ausschaltung jeder Parteipolitik im Rundfunk ist längst der Auffassung gewichen, daß sich hier die Regierungspolitik annehmend ausleben darf. In Wahlzeiten bedeutet das, daß der politische Gegner mit allen Mitteln mundtot gemacht wird. Diese Verletzung ist schon beim sogenannten „Nachrichtendienst“ unvermeidbar. Da werden täglich die Reden für Hindenburg in breiter Ausführlichkeit wiedergegeben, während von den Gegnern der bedeutendsten Oppositionsführer kein Wort verstant. Die für den Rundfunkbetrieb verantwortliche Verwaltung der Reichspost geht neuerdings sogar so weit, daß sie ihre Kabel zur Uebertragung von Reden aus überfüllten Versammlungsräumen durch Lautsprecher in Parallelversammlungen nur für Hindenburgkundgebungen zur Verfügung stellt. Die Opposition soll die ihr zustehenden Massen unbedrängt nach Hause schicken. Das ist alles andere als ritterlich. Und eine mit den Maffordernotverordnungen für die Presse zu vergleichende Beschränkung fehlt überhaupt für die Art, wie mit der Kanzlerrede im Reichstag gearbeitet wird. Daß sie damals, am Abend des Tages, an dem sie gehalten wurde, ohne Gegenüberstellung der Oppositionsreden durch alle deutschen Sender gesagt wurde, war angeblich eine Eigenmächtigkeit des sozialistischen Reichstagspräsidenten. Nun müssen die Rundfunkhörer aber am vergangenen Sonntagabend zu ihrem Erschrecken und zu ihrer Enttäuschung erleben, daß dieselben Platten außerhalb des Programms noch einmal abgeleert wurden. Das war also kein Zufall mehr, sondern Absicht. Die Wirkung, die hervorgerufen werden sollte, kann man in der Linkspresse nachlesen: Man habe gehört, wie Bränning sich mit imponierender Ruhe, Sachlichkeit und Festigkeit gegen das tobende Chaos, das ihn umgab, durchgesetzt habe. Möglicherweise hat ein einzelner Hörer diesen Eindruck hatten. Die politische Denkenden hätten sich aber gewünscht, nun auch die Reden der Oppositionsführer zu hören, nicht nur wegen der sachlichen Argumente, mit denen sie den Kanzler zugehört haben, sondern um auch jenes „tobende Chaos“ zu genießen, das von der Linken kam, wo es seit jeder Beheimatung ist. Daß sich die Rechte auf den Ton verheißt, der dort angegeben wird, ist ja doch eine Selbstverständlichkeit des parlamentarischen Kampfes. Die „Rundfunkbearbeitung“ dieser Reden aus dem Reichstag verjährt aber das Bild, und das ist wieder nicht ritterlich.